

Campus für Demokratie

Rolf Gollob*

Hinter der Idee *Campus für Demokratie* steht die Stiftung Dialog. An diese sind in den letzten Jahren zunehmend Bedürfnisse, Anfragen und Erwartungen herangetragen worden, sich in Richtung einer Nationalen Plattform für politische Bildung zu entwickeln.¹ Die Stiftung Dialog, wurde 1986 von nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern gegründet, um die politische Bildung und politische Partizipation in der ganzen Schweiz zu fördern. Ziel war es, als unparteiische und überkonfessionelle Organisation den verschiedenen Standpunkten der pluralistischen Gesellschaft gerecht zu werden und diese den Jugendlichen in angemessener Form zu vermitteln. Die Meinungsbildung, so die Grundsätze der Stiftung, hat pluralistisch zu erfolgen, trägt den politischen Strömungen Rechnung und ist freiheitlicher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet. Die Stiftung bezweckt laut ihren Grundsätzen noch heute die Förderung der politischen Bildung und des Verständnisses für politische, wirtschaftliche und geistig-soziale Zusammenhänge, die Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den verschiedenen Sprach- und Kulturregionen der Schweizer Eidgenossenschaft, der Einsicht in eine gesunde Lebenshaltung sowie des Verständnisses zwischen den Generationen.

Zur Erreichung ihres Stiftungszwecks hat die Stiftung das nationale Projekt *Campus für Demokratie* entwickelt und betreibt seit Beginn 2017 dafür erneut (und nach einer finanziell bedingten Pause) eine Geschäftsstelle. Bis vor zehn Jahren hatte die Stiftung mit minimalen Ressourcen primär die Zeitschrift *Dialog* herausgegeben. 2006 lancierte sie das (von der Hertie-Stiftung in Deutschland übernommene und adaptierte) Projekt *Jugend debattiert*, das grösstenteils von drei Stiftungen (Credit Suisse Foundation, Binding-Stiftung, Göhner-Stiftung) finanziert wurde. Dieses nationale Projekt läuft sehr erfolgreich entspricht aber letztlich nicht dem Stiftungszweck, welcher eigentlich keine operativen Geschäfte vorsieht. Die Stiftung Dialog will selbst nicht Konkurrenz sein zu den vielen schulischen und ausserschulischen Anbietern von politischer Bildung in der Schweiz. Konsequenterweise wurde *Jugend debattiert* dem Verein *Jugend und Wirtschaft* zur Umsetzung vorerst kommissarisch übergeben. Eine definitive Lösung steht noch an.

Die Diskussionen im national abgestützten Stiftungsrat hatten deutlich gemacht, dass die Schaffung einer Nationalen Plattform für politische Bildung hohe Priorität hat, aber auch, dass diese von langer Hand vorbereitet und in einem längeren politischen Prozess strukturell abgesichert werden soll. Ziel muss es sein, dass Bund, Kantone und Private den *Campus für Demokratie*, die nationale Plattform für politische Bildung von Kindern und Jugendlichen, durch jährliche Strukturbeiträge und einen Leistungsauftrag zur Umsetzung der gemeinsamen Bildungsziele von Bund und Kantonen unterstützen. Damit leistet die Schweiz auch ihren Beitrag zur Umsetzung der Charta zu «*Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education (EDC/HRE)*» von 2010².

1. Welches Verständnis von politischer Bildung prägt den Campus für Demokratie?

Die Schweiz hat eine lange Tradition als repräsentative Demokratie mit einem hohen Anteil an direktdemokratischen Elementen. Diese Tradition muss unbedingt im Bewusstsein der heranwachsenden Generation verankert sein. Wer über die aktiven und passiven Bürgerrechte verfügt, muss beispielsweise wissen, dass bereits im 19. Jahrhundert die drei wichtigsten direkt-demokratischen Rechte eingeführt wurden: das obligatorische Verfassungsreferendum (1848), das fakultative Gesetzesreferendum (1874) und die Volksinitiative (1891). Diese Mitwirkungs-

² Der Europarat hat die Charta (<http://www.coe.int/en/web/edc>) unter anderem «eingedenk der Tatsache, dass die Weltkonferenz der Menschenrechte auf ihrer Zusammenkunft in Wien 1993 die Staaten aufforderte, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Themen in die Lehrpläne aller Bildungsinstitutionen im schulischen oder ausserschulischen Bereich aufzunehmen» lanciert.

* Center IPE – International Projects in Education, Pädagogische Hochschule Zürich – PHZH, Lagerstrasse 2, 8090 Zürich.

E-mail: rolf.gollob@phzh.ch



Rolf Gollob, Prof. Dr. phil. h.c. (*1955), arbeitete als Primarlehrer, bevor er an der Universität Zürich Ethnologie und Publizistik studierte. Nach Abschluss des Studiums widmete er sich der ethnologischen Forschung und wurde Dozent an der Pädagogischen Hochschule Zürich, wo er seit 20 Jahren im Bereich Demokratiebildung und interkulturelle Pädagogik tätig ist. Seit 1996 reist er im Auftrag des Europarates als Experte für Menschenrechte und Demokratie oft nach Südost- und Osteuropa. 2007 gründete er zusammen mit Prof. Dr. Wiltrud Weidinger das Zentrum IPE für pädagogische Entwicklungszusammenarbeit (International Projects in Education) an der PH Zürich (www.phzh.ch/ipe). Im IPE ist er für Akquisition, Vernetzung und Realisierung diverser Projekte zuständig.

¹ Siehe: <http://www.campusdemokratie.ch/>

möglichkeiten wurden im 20. Jahrhundert wesentlich ausgebaut. Erst wenn man sich bewusst ist, dass noch immer über 50 Prozent aller weltweit durchgeführten Sachabstimmungen in der Schweiz stattfinden, kann man dieses Recht auch wirklich wertschätzen. Es muss beschäftigen, dass die Beteiligung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ebenso stetig abgenommen hat, wie die Bereitschaft, sich z.B. im Rahmen der Gemeinde aktiv zu beteiligen. Lag die Beteiligung bei den Kantonsratswahlen im Kanton Zürich 1917 noch bei über 80 %, sank sie bis 2003 auf rund 34%. Natürlich hat das verschiedene Gründe, unter anderem auch Vertrauen und Zufriedenheit – aber nicht nur.

Gerade in einem Land, in dem die Stimmbürgerinnen und -bürger also oft und in allen Sachfragen mitbestimmen, scheint die Befähigung zur aktiven Teilnahme ein selbstverständlicher Bestandteil von Bildung auf allen Ebenen. Doch internationale Studien zeichnen ein anderes Bild: Im Rahmen der IEA-Studie *Civic Education* wurden im Jahr 1999 in 28 Ländern rund 90'000 14- bis 15-Jährige und im Jahr 2001 in 16 Ländern 53'400 16- bis 19-Jährige junge Menschen hinsichtlich ihres politischen Verstehens getestet und bezüglich ihres Demokratieverständnisses, politischen Engagements sowie ihrer politischen Einstellungen und Konzepte befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass junge Menschen in der Schweiz im internationalen Vergleich in vielen Bereichen des politischen Wissens, Denkens, Fühlens und Handelns schlecht abschneiden. Das hat viele Bildungsverantwortliche aufgeschreckt, zu einer Intensivierung der Diskussionen über die politische Bildung bewirkt und das Bewusstsein dafür geschärft, dass zumindest eine Koordination des Wissens und der Ansätze zwingend notwendig ist. In zahlreichen Kantonsparlamenten wurden Vorstösse für eine Verstärkung der politischen Bildung in den Schulen eingereicht. Während in diesen politischen Vorstössen noch oft traditionelle Vorstellungen von Institutionenlehre manifest werden, scheinen sich im Bildungsbereich Ideen durchzusetzen, die im Rahmen des Europarates als Demokratielernen definiert und 2007 in der Publikation «Politik und Demokratie – leben und lernen» (Schulverlag Bern) dargestellt wurden. Der Autor des vorliegenden Artikels hat als Mitautor dieses Grundlagenbandes das dargelegte Verständnis von politischer Bildung in die langjährige Diskussion der Stiftung Dialog mit eingebracht. Der Grundlagenband soll Bildungsverantwortliche dazu anregen, sich mit dem eigenen Politik- und Demokratieverständnis auseinander zu setzen:

- Wie habe ich persönlich politische Bildung in der Schule erlebt?

- Wie viel Demokratie ist in der Schule möglich?
Wie viel Demokratie halte ich in der Schule aus?
- Wo sind der Schule durch äussere Rahmenbedingungen Grenzen gesetzt?
- Wo stellt sich die Machtfrage?

Er zeigt auf, was unter politischer Bildung verstanden wird, welche Kenntnisse und Kompetenzen Jugendliche in der Volksschule (und in der Jugendarbeit) aufbauen sollen und können. Er soll aber auch eine Vorstellung davon vermitteln, wie politische Bildung angelegt und organisiert werden kann. Ein weiteres Ziel ist es, Einblick zu geben in konkrete Lernsituationen auf den verschiedenen Ebenen, in denen politisches Sachwissen und spezifische Fähigkeiten bzw. Fertigkeiten erarbeitet, geübt und reflektiert werden. Auch wenn der Grundlagenband nicht nur das schulische Lernen unterstützen will, ist es doch sein zentrales Anliegen, Studierende und Lehrpersonen bei der Klärung der Rolle der Schule («Schule als Ort des Lernens *und* Handelns») zu unterstützen und den einzelnen Lehrpersonen im Bereich der politischen Bildung Sicherheit zu vermitteln. Planungshilfen für verschiedene Situationen im Unterricht und im Schulleben (situatives Lernen, Klassenleben, strukturierte Unterrichtseinheiten) sind dabei von grosser Bedeutung. Die Balance in Schule und Jugendarbeit zu finden, ist nicht einfach. Demokratie zu leben *und* zu lernen ist anspruchsvoll. Einerseits erwarten Bürgerinnen und Bürger möglichst breite Mitbestimmungsmöglichkeiten, andererseits sollen die politischen Prozesse zu effizienten, wirksamen und raschen Lösungen führen. Die Erwartungen sind häufig sehr heterogen (wer in einem Schulteam ein Leitbild für die Schule erarbeitet hat, kennt diese Problematik). Politische Bildung – die bewusste und gezielte Förderung von Kompetenzen – kann mit-helfen, ein angepasstes System von Mitbestimmung und Verantwortungsübernahme für die Klasse und innerhalb der Schule zu finden. Wenn dies auf eine transparente Art und Weise geschieht, leistet die Schule einen wichtigen Beitrag zu einer umfassenden politischen Bildung. Dasselbe gilt für die Arbeit in Jugendgruppen und Freizeitangeboten. Die Inhalte sind natürlich für alle Beteiligten vordergründig; aber die Prozesse, die zu ihnen führen, sind letztlich jenes Erfahrungsfeld, welches die Jugendlichen Selbstwirksamkeit erleben lässt und für die Teilnahme an der Demokratie politisiert. Die Erfahrungen der Akteure sind wertvoll. Sie sollen vernetzt werden, bekannt werden, diskutiert werden können.

Der Campus für Demokratie ist eine Initiative der Stiftung Dialog...

... wird getragen von Bund, Kantonen, Lehrer- und Jugendverbänden;

... besteht aus Partnern aus Bildungs- und Jugendorganisationen;
 ... wird unterstützt von (Stiftungen und Wirtschaft).

Der *Campus für Demokratie* in seiner Funktion als **nationale Plattform** für politische Bildung...

... vernetzt die Partner im Bereich der politischen Bildung Jugendlicher;
 ... macht gute Projekte und Initiativen sichtbar;
 ... fördert die Fach- und Konzeptentwicklung;
 ... entwickelt innovative Umsetzungsbeispiele in Bildung und ausserschulischer Jugendarbeit;
 ... beteiligt sich am Austausch mit verwandten Institutionen im In- und Ausland.

Die Stiftung Dialog...

... baut in Zusammenarbeit mit ihren Partnern den Campus für Demokratie schrittweise auf;
 ... leitet die Entwicklungs- und Koordinationsarbeiten;
 ... vertritt die Anliegen der politischen Bildung sowohl in der formalen als auch der informalen Bildung.

2. Schwaches nationales Bewusstsein für die koordinierte Umsetzung

Die Schweiz ist geprägt von einer grossen verbalen Akzeptanz der Bedeutung der politischen Bildung zur Stärkung der Demokratie. Dies machen diverse Vorstösse in kantonalen Parlamenten oder in den gemeinsamen Bildungszielen von Bund und Kantonen klar. Die Schweiz ist auch geprägt von zahlreichen Initiativen, Projekten und Akteuren im Bereich der politischen Bildung – sowohl im formalen Bildungswesen wie in der ausserschulischen Jugendarbeit, und es gibt durchaus Erfahrungen von Kooperationen schulischer und ausserschulischer Bildungsträger. Doch fehlt es in der Schweiz interessanterweise der politische Wille, den Absichtserklärungen trotz föderalistischer Strukturen Taten folgen zu lassen. Ein Grund neben vielen ist wohl auch die fehlende Kriegserfahrung.

Im Gegensatz zur Schweiz haben Österreich und Deutschland schmerzlich erfahren, wie verletzlich die Demokratie ist. Politische Bildung gehört in Deutschland zu den als selbstverständlich geltenden Bildungsaufgaben. Niemand entgeht in Deutschland der politischen Bildung – sie erfasst grundsätzlich ausnahmslos alle Lernenden, was natürlich noch keinen Hinweis auf Qualität und Wirksamkeit bedeutet. Was unbestritten ist: Politische Bildung wird als ein notwendiger Bestandteil der Demokratie verstanden und hat sich im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu einem eigenständigen Aufgabenfeld entwickelt. Ihr Selbstverständnis bewegt

sich zwischen zwei Polen: Sie will Bürgerinnen und Bürgern Wissen und Kompetenzen vermitteln, mit denen sie sich ein eigenes Urteil bilden und selbstbestimmt Entscheidungen fällen können, und diese zudem dazu befähigen, die eigene Situation zu reflektieren, Selbstverantwortung und Verantwortlichkeit für die Gesellschaft zu erkennen, zu übernehmen und gestaltend auf Prozesse einzuwirken. Politische Bildung in Deutschland ist gemäss dem breit abgestützten Selbstverständnis unparteiisch, aber nicht wertfrei. Grundlage ist das Werte- und Demokratieverständnis der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes oder der Verfassung. Politische Bildung soll, so die Lehre aus der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, gerade dort ansetzen, wo der Zusammenhalt der Gesellschaft in der freiheitlichen Demokratie gefährdet ist. Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), eine Behörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Inneren, trägt in besonderer Weise dazu bei, das politische Urteilsvermögen auszubilden, Wissen und Kompetenzen zu vermitteln und politische Teilhabe zu fördern. Auch die Landeszentralen für politische Bildung und viele weitere Träger nehmen sich auf Landes- und regionaler Ebene der breiten Aufgabe des Demokratielehrens und der politischen Reflexion an. Vergleichbare Ziele verfolgen auch die politischen Stiftungen. Diese stehen in ihrer politischen, geistigen und weltanschaulichen Ausrichtung jeweils etablierten Parteien nahe, halten aber von ihnen unabhängig vielfältige Bildungsangebote bereit. Sie repräsentieren damit das gesamte demokratische Spektrum.

Davon ist die Schweiz weit entfernt, und auch die 2017 eingerichtete Geschäftsstelle des *Campus für Demokratie* wirkt da bestenfalls wie ein Tropfen auf den heissen Stein. Es stehen gewaltige Aufgaben an. Hier seien einige wenige erwähnt: Was notwendig ist, ist beispielsweise eine Diskussion der verschiedenen Traditionen und Konzepte zur politischen Bildung in den Sprachregionen. Wichtig wäre auch die vermehrte Sichtbarkeit des grundsätzlichen Anliegens und der bestehenden Initiativen in der breiten Öffentlichkeit. Die Geschäftsstelle hat den Auftrag, das Thema politische Bildung und Demokratiekompetenz auf die Agenda der nationalen und kantonalen Politik zu bringen und laufende Projekte und Programme kontinuierlich zu unterstützen. Letztlich muss es ein Ziel sein, eine kleine Geschäftsstelle in ein nationales, anerkanntes und vom Staat gestütztes Kompetenzzentrum zu überführen, das die Einzelinitiativen in einer nationalen Plattform zusammen- und weiterbringen kann, den Fachdiskurs stützt und unterstützt und die Akteure aus formaler und informaler Bildung regelmässig zusammenbringt. Unzweifelhaft hat die Schule einen wesentlichen Beitrag dabei zu leisten.

Es gibt allerdings die bekannten Hinderungsgründe, warum trotz guter Initiativen aus den diversen kantonalen Erfahrungen keine starke Strategie entwickelt werden konnte. Einerseits wird die Stärke des dezentralen Ansatzes hier zu einem Teil seiner Schwäche: Kaum jemand weiss, was die anderen machen. So haben sich nationale Koordinationsmechanismen für Umwelt-, Gesundheits- oder Interkulturelle Bildung entwickelt. Dasselbe fehlt vollständig für politische Bildung. Es gibt andererseits auch Ängste, wie dies der damalige Generalsekretär der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren EDK 1999 im Vorwort zum Schlussbericht einer Studie «Politische Bildung in der Schweiz» wie folgt formulierte (Oser/Reichenbach 1999, S.5)³: «Das Paradox, dass sich der Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger am intensivsten engagiert, mit der politischen Bildung am schwächsten tut, ist nicht neu. Dahinter mögen verschiedene Bedenken stehen: die Angst vor der Politisierung der Schule, die schmalen Gräte zwischen Vaterlandsliebe und Hurratriotismus und zwischen Aufklärung und überheblicher Kritik, letztlich aber auch, dass in unserem System nicht Wahrheiten, sondern immer neue, unterschiedliche Mehrheiten konkurrieren.» Dabei gab es durchaus verschiedene Ansätze und Versuche, entwickelte sich die politische Bildung im formalen Bildungssystem doch in der Schweiz von der Vaterlandskunde über eine Staatskunde (*éducation civique*) als reine Institutionenlehre zur Staatsbürgerkunde (*éducation à la citoyenneté*), respektive in Richtung einer allgemeinen Gesellschafts- oder Sozialkunde. Dies hat dazu geführt, dass in vielen kantonalen Lehrplänen der 1990er-Jahre die Anliegen der politischen Bildung nicht mehr explizit aufgeführt wurden. Damit verlor politische Bildung zunehmend an Profil, obwohl in der schulischen Praxis wesentliche Elemente nach wie vor zu erkennen sind. Die Situation kann aber von Kanton zu Kanton und natürlich von NGO zu NGO, von Jugendorganisation zu Jugendorganisation sehr unterschiedlich sein. Einmal mehr: Voneinander zu wissen tut Not. Fast schon zwingend ergeben sich daraus die Kernaufgaben des *Campus für Demokratie*.

3. Die Rolle des Staates in der politischen Bildung

Im Gegensatz zu anderen Ländern sind in der Schweiz die Verantwortlichkeiten des Staates für die politische Bildung nicht geklärt. Auf der Ebene des Bundes gibt es kein Amt, das explizit für die politische Bildung in der Schule und in der ausser-schulischen Jugendarbeit zuständig ist (im Gegensatz zu einzelnen Themenbereichen wie der Umweltbildung, Gesund-

heitserziehung oder des Globalen Lernens, wo die entsprechenden Bundesämter Bildungsinstitutionen unterstützen). Auf der Ebene der Kantone bestehen grosse Unterschiede bezüglich des Stellenwertes der politischen Bildung in den Lehrplänen und in der Jugendarbeit. Die Gemeinden und Städte haben grosse Probleme, Jugendliche und junge Erwachsene ins Gemeinwesen einzuführen und sie dabei (über die Jungbürgerfeier hinaus) zu begleiten.

Die problematische Situation der politischen Bildung ist mittlerweile von Bund und Kantonen erkannt worden. In der «Erklärung zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz» haben Bund (EVD, EDI) und Kantone (EDK) unter anderem festgeschrieben, dass die politische Bildung für die Entwicklung von Urteils- und Handlungskompetenz von Bedeutung ist und die Koordination von Bund und Kantonen bedingt. Die Erklärung stützt sich auf die in der Bundesverfassung verankerte Verpflichtung von Bund und Kantonen, gemeinsam im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz zu sorgen (Art. 61a Abs. 1). Chancen und Potenziale des schweizerischen Bildungssystems sollen damit optimal genutzt werden.

4. Die Rolle von Bildungsinstitutionen der Zivilgesellschaft

Neben einzelnen Institutionen des formalen Bildungsbereichs (u.a. Zentrum für Demokratie der Universität Zürich und der Fachhochschule Nordwestschweiz; pädagogische Hochschulen) gibt es zahlreiche Akteure der Zivilgesellschaft (Vereine, Jugendorganisationen), die national, vor allem aber sprachregionale Bildungsprojekte zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen anbieten. Die Vielfalt ist erfreulich, doch sind folgende Schwächen auszumachen:

- Es fehlt ein gemeinsames, nationales Konzept einer politischen Bildung, die mehr ist, als die Fortführung der traditionellen Staatskunde. Der Austausch über die Sprachregionen (mit ihren unterschiedlichen Traditionen) hinaus ist praktisch inexistent.
- Die beiden Bildungsfelder «Schule» und «ausser-schulische Jugendarbeit» haben bisher wenig Berührungsfelder und entsprechend wenig Austausch.
- Die Institutionen stehen in einem (eher zunehmenden) Konkurrenzkampf um die bisher eher spärlichen Fördermittel. Daher kommt es noch selten zu einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch und zu einer synergetischen Zusammenarbeit.

³ Oser, F./Reichenbach, R.: Politische Bildung in der Schweiz. Schlussbericht. Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Bern 1999

- Die Einzelangebote werden durch keine Stelle gesamthaft intensiv beworben; sie bleiben in ihrer Breitenwirkung daher beschränkt.

5. Chancen aktueller Entwicklungen: Demokratie Leben und Lernen

Die nächsten paar Jahre werden für die politische Bildung in der Schweiz entscheidend sein: Sprachregionale Lehrpläne für die Volksschule müssen die Anliegen der politischen Bildung/*Education à la citoyenneté*) aufnehmen. Noch wichtiger aber ist die Begleitung der konkreten Umsetzungsmassnahmen bzw. die Schaffung von Grundlagen in den Bereichen Lehrmittel, Lehreraus- und -weiterbildung und die Evaluation der Bildungsstandards zur politischen Bildung. Neue Gesetze zur Jugendförderungen erfordern zukunftsweisende Projekte und Bildungsangebote für den ausserschulischen Bereich.

In der Erklärung des Europarates von 1999 wird *Education for Democratic Citizenship* (EDC) wie folgt beschrieben:

- ein Ansatz zu lebenslangem Lernen im Bereich der Partizipation in verschiedenen Zusammenhängen;
- Bürgerinnen und Bürger werden zur Wahrnehmung aktiver und verantwortungsvoller Rollen im Leben und in der Gesellschaft befähigt;
- Ziel ist die Entwicklung einer Kultur der Menschenrechte;
- die Menschen werden auf ein Leben in einer multikulturellen Gesellschaft vorbereitet;
- sozialer Zusammenhalt, gegenseitiges Verständnis und Toleranz werden gestärkt;
- Strategien zur gesellschaftlichen Integration aller Altersgruppen und Gesellschaftssektoren werden angeregt.

Die überlieferten Bildungsansätze werden diesem Ziel des aktiven, informierten und verantwortungsbewussten Bürgers, auf den moderne Demokratien angewiesen sind, schlicht nicht mehr gerecht. Sie verfehlen die zentralen Anforderungen einer Welt, die sich in raschem Wandel befindet – gesellschaftlich, wirtschaftlich, politisch und kulturell in mehrfacher Hinsicht:

- Sie halten an der Vermittlung systematischer Informationen fest und enthalten den Lernenden so die Chance vor, Probleme in Politik und Gesellschaft zu erkunden und in ihrer Kontroversität zu erfassen und zu beurteilen – zu einem Zeitpunkt, an dem ihr Interesse an tradierten Formen der Politik und des politischen Engagements deutlich nachlässt.
- Die Konzentration auf bruchstückhaftes Wissen innerhalb der Grenzen der etablierten Fachdisziplinen

und das Festhalten am klassischen Schulbuchunterricht ist angesichts der raschen Fortschritte der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien nicht mehr zeitgemäss.

- Ein Ansatz politischer Bildung, der sich mit der Vermittlung von Kenntnissen über «ideale» Systemmodelle begnügt, verkennt die Aufgabe, die Kompetenzen praktischer Teilhabe in demokratisch verfassten Entscheidungsprozessen zu trainieren.
- Die Ausrichtung auf angeblich «leitende Kulturen» bzw. die angeblich «gemeinsame» Loyalität zur Nation ist nicht mehr zu halten in einer Zeit, in der die politische und rechtliche Anerkennung kultureller Vielfalt als Kraftquell der Demokratie erkannt wird.
- Die tradierte politische Bildung steht der Lebenserfahrung der Lernenden und ihrem Lebenszusammenhang in der Gemeinde abgehoben und beziehungslos gegenüber – während in der Gesellschaft die Kraft sozialer Bindungen und der Gedanke der Solidarität nachlassen.
- Die tradierte politische Bildung reproduziert die überlieferte Spaltung zwischen politischer Sozialisation, schulischer und ausserschulischer Bildung – in einer Zeit, in der die schulische Bildung die jungen Menschen auf einen Prozess lebenslangen Lernens vorbereiten müsste.
- Die tradierte politische Bildung ist auf den Nationalstaat fixiert. Sie vermag daher nicht die zunehmende Verflechtung und Interdependenz auf regionaler und internationaler Ebene zu erfassen.

Der Erwerb von Kompetenzen für demokratisches Handeln ist demgegenüber auf die Erfahrung einer Lebensform angewiesen, in der junge Menschen Elemente einer demokratischen Praxis für das Leben erwerben können. Die Schule hat die Chance, einen Erfahrungsraum zu bieten, in dem im Kleinen umgesetzt und eingeübt wird, was hernach im Grossen die zivilgesellschaftliche Praxis bestimmen soll. Auf diesem Hintergrund kann folglich als Ziel definiert werden, die Schule als demokratische Lebensform zu gestalten, welche die Entwicklung von Kompetenzen ermöglicht, die zur Teilhabe und Gestaltung einer demokratischen Gesellschaftsform befähigen. In diesem Kontext soll politische Bildung den Lernenden nicht nur reines Wissen über politische Institutionen ermöglichen, sondern vielmehr ausgehend von konkreten politischen Fragen das Erwerben von Urteils-, Analyse- und Methodenkompetenz ermöglichen. Politische Fragen werden nicht reduziert auf die dafür zuständigen Institutionen beobachtet, sondern in einem politikwissenschaftlichen Sinne ganzheitlich betrachtet und analysiert.

Fazit

Nach unterschiedlichen Versuchen und Koordinationsansätzen steht der Campus für Demokratie vor

einem wohl letzten Versuch, die Notwendigkeit einer nationalen Plattform unter Beweis zu stellen. Zusammenfassend seien hier die Hauptaufgaben nochmals im Überblick erwähnt. Der Campus für Demokratie setzt sich das Erbringen von Dienstleistungen, die Weiterentwicklung von Bildungskonzepten und -projekten sowie die Förderung der Zusammenarbeit im In- und Ausland zum Ziel.

Und zum Schluss ein ganz persönlicher Wunsch, den ich dem *Campus für Demokratie* mitgeben möchte: Bei der Vermittlung von Demokratiekompetenz dürfen die Mittel zur Zielerreichung in formaler und informaler Bildung nie korrumpiert werden. Darum sei hier an eine wichtige Grundlage erinnert: Im kleinen Ort Beutelsbach in Baden-Württemberg trafen sich im Herbst 1976 diverse führende Politikdidaktikerinnen und -didaktiker Deutschlands. Am Ende dieses Treffens stand der *Beutelsbacher Konsens*, der nach wie vor zentrale Orientierungshilfe für alle in der politischen Bildung tätigen Personen ist.⁴ Festlegen konnte man sich auf drei Punkte: Kontroversität, Überwältigungsverbot und Schülerorientierung.

Kontroversität bedeutet, dass jene Themen, zu denen in einer Gesellschaft unterschiedliche Sichtweisen bestehen, auch im Schulunterricht kontro-

vers sein müssen: «Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.» Unterschiedliche Standpunkte nicht zu erörtern, Alternativen nicht zu erarbeiten, würde den ersten Schritt in Richtung Indoktrinierung bedeuten. Das **Überwältigungsverbot** bedeutet, dass jegliche Indoktrination seitens der Lehrpersonen verboten ist: «Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln.» Damit würde die grundlegende Aufgabe politischer Bildung, die Förderung der Mündigkeit der Schüler, verhindert; sie könnten dadurch keine selbstständigen Meinungen bzw. Urteile gewinnen.

Schülerorientierung bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler angeregt werden, politische Situationen und ihre eigenen Interessenlagen zu analysieren. Sie sollten die Fähigkeit entwickeln, ihre Interessen zu vertreten und durchzusetzen.

Wer diese Grundsätze berücksichtigt, wird sich auch nie dem Vorwurf aussetzen müssen, die Lernenden ungebührlich beeinflussen zu wollen. Und das ist die Voraussetzung, um dem Widerstand gegen eine institutionalisierte und breit abgestützte politische Bildung in der Schweiz begegnen zu können. ■

⁴ Siehe: <https://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html>